

## ARBEITSPLÄTZE Ökoservice retten!

Der weit über die Grazer Stadtgrenzen hinaus gefragte Verein Ökoservice ist gerettet. Er bietet seit 1994 ökologische Dienstleistungen an und beschäftigt Menschen, die am Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Unlängst hat das Arbeitsmarktservice Steiermark (AMS) angedroht, Subventionen zu kürzen, was das Ende des Vereins bedeutet hätte. Einem dringlichen Antrag von



**KPÖ-Mandatarin Uli Taberhofer** folgend wird sich nun die Stadt für den Fortbestand des Vereins stark machen. Bei der ÖKO-Service GmbH arbeiten im Auftrag des AMS rund 70 Personen im Jahr (davon rund 55 befristet), wobei diese geschult, beraten und erfolgreich bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützt werden.

## VERSCHWENDEN IM GROSSEN, SPAREN BEI DEN MENSCHEN

# 2.000 Euro Schulden

Die Großmannsucht vergangener Jahre hat ein tiefes Loch in die Stadtkasse gerissen. Eine Milliarde Euro hat Graz an Schulden angehäuft. Prestigeprojekte wie die Messehalle 1 um 58 Millionen Euro belasten die Stadt weiterhin.



58 Millionen Euro kostet die neue, gewaltige Messehalle 1.

Würde man heute alle in Graz zur Kasse bitten, um die Schulden der Stadt zu begleichen, müsste jeder 2.000 Euro auf den Tisch legen. Rund eine Milliarde Euro fehlt der Stadt, um schuldenfrei zu sein. Ursache dafür sind Prestigeprojekte wie die Kulturhauptstadt 2003, das Kunsthause oder die Stadthalle. Der aktuelle Sparkurs geht zu Lasten der

Leistungen für die Menschen. Von einer schuldenfreien Stadt ist Graz meilenweit entfernt.

Ein gewaltiges Loch in die Stadtkasse riss das Kunsthause. Gut 55 Millionen Euro hat die Blase verschlungen. Allein 8,5 Millionen Euro kostete das Grundstück. Mehr als vier Millionen Euro kostet der Betrieb des Kunsthause pro Jahr. Die Warnungen der KPÖ vor diesen hohen Beträgen wurden von ÖVP, SPÖ und FPÖ stets in den Wind geschlagen.

### Ruinöse Kulturhauptstadt

Für das Programm der Kulturhauptstadt 2003, an das sich heute kaum jemand erinnern kann, zahlte Stadt, Land und Bund insgesamt 58 Millionen Euro (rund 800 Millionen Schilling); 19 davon kamen aus Graz. Verantwortlich fürs

## AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

### Chaos am Gürtel

Das Mega-Einkaufszentrum ECE am oberen Ende der Annenstraße muss warten. „Das vorliegende Verkehrskonzept erscheint uns nicht ausgereift“, sagt **KPÖ-Klubchef Sepp Schmalhardt**. Zur Erinnerung: Ein Verkehrschaos durch mehr als 6.000 **zusätzliche** Autos am Bahnhofsgürtel droht. Abhilfe lässt sich nur mit Hilfe einer Unterführung der Straßenbahn erreichen. Die ist aber finanziell nicht gesichert.

Der Hauptgrund der Ablehnung ist jedoch das finanzielle Gegengeschäft zwischen Stadt Graz und ECE. Die kolportierte finanzielle Beteiligung der ECE an der Verkehrslösung soll zwar neun Millionen Euro betragen. Im Gegenzug will man aber den Betreibern 3,5 Millionen Euro an anfallenden Gemeindefinanzabgaben erlassen. „Während

jeder kleine Häuslbauer seine Gebühren bis auf den letzten Euro zahlen muss, plant man hier eine großzügige Ausnahme“, macht **Josef Schmalhardt** auf eine Ungerechtigkeit aufmerksam.

### Gefährliches Golfspiel

Am 6. Oktober traf neben dem Golfplatz ein Golfball ein in der Andritzer Reichsstraße fahrendes Auto – obwohl kein Abschlag in diese Richtung führt. Die Windschutzscheibe war demoliert, es grenzt an ein Wunder, dass der geschockte Lenker das Fahrzeug nicht verrissen hat. Ein schwerer Unfall wäre die Folge gewesen.



Weil in besagter Richtung auch Dutzende weitere Golfbälle gefunden wurden, pochte **KPÖ-Gemeinderätin Gerti**

**Schloffer** darauf, den Golfplatz nochmals zu prüfen und einen längeren Fangzaun zu errichten, um das Risiko tief fliegender Golfbälle auszuschließen. Immerhin sind dort auch Radfahrer/innen und Fußgänger/innen unterwegs.

### Mangel im Berufungsverfahren

Bürger/innen der Stadt Graz, die sich in einem Entscheid der Stadt in erster Instanz in einem Recht verletzt sehen, haben die Möglichkeit, ihren Fall in zweiter Instanz durch die Berufungskommission des Gemeinderates neu beurteilen zu lassen.



„Bis heute gibt es aber keine Garantie für eine personelle Trennung von sachbearbeitenden Beamten der ersten



und zweiten Instanz“, wie **KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch** in seinem Antrag im Gemeinderat aufzeigte. Die KPÖ tritt deshalb dafür ein, dass ab der Regierungsperiode 2008 Sachbearbeiter für alle Fälle der Berufungskommission niemals mit sachbearbeitenden Beamten erster Instanz identisch sein können.

### Ladenöffnungszeiten

Das Ausweiten der Ladenöffnungszeiten – der Handel darf seit Jahresbeginn 72 statt 66 Stunden pro Woche offen halten – stößt bei der Grazer KPÖ auf Ablehnung. „Das bringt für Frauen und Familien neue Belastungen“, so Stadträtin **Elke Kahr**.